

Beschluss über Stromnetz verzögert sich

Energie Erst im Herbst soll klar sein, wer von 2014 an das Strom- und Gasnetz betreibt. Das schafft Probleme. Von Thomas Faltin

Die Stadt Stuttgart hat Großes vor in der Energiepolitik. Seit Februar können die Bürger ihren Strom bei den Stadtwerken kaufen. In dieser Woche ist bekannt geworden, dass die Stadtwerke in die Energieerzeugung einsteigen und sich an einem Windpark bei Welzheim beteiligen werden. Nur der dritte Part, der Rückkauf und eventuell eigenständiger Betrieb des Stromnetzes, gerät nun ins Stocken: Eigentlich hatte der Gemeinderat schon im März entschieden wollen, wer vom 1. Januar 2014 an das Netz besitzt und betreibt – nun soll es Herbst werden bis zu einem Beschluss. Der Stadt war diese Verzögerung nicht einmal eine Pressemitteilung wert.

Sven Matis, der Sprecher der Stadt, hält die Verspätung aber für unbedenklich. Im Moment gibt es sechs Bewerber, die das Strom-, Gas- und/oder Fernwärmenetz künftig betreiben wollen. Darunter sind der bisherige Betreiber, die Energie Baden-Württemberg (EnBW), aber auch die Stadtwerke Stuttgart, die Stadtwerke Schwäbisch Hall, die Alliander AG, die Thüga AG sowie ein Verbund mit der Veolia GmbH. Die auslaufende Konzession könne wie geplant zum 1. Januar 2014 vergeben werden, sagte Sven Matis. Er räumte aber ein, dass der tatsächliche Übergang des Netzbetriebs in der kurzen Zeit zwischen Herbst und Januar nicht bewerkstelligt werden könne.

Konkret bedeutet dies, dass die EnBW auch im nächsten Jahr zumindest Übergangsweise Herr über die Netze sein wird. Kein Problem ist diese Verzögerung, wenn die EnBW erneut den Zuschlag für den Betrieb erhalten sollte, denn dann muss das Stuttgarter Netz technisch und organisatorisch ja gar nicht abgekoppelt werden. Dies gälte auch für den Fall, dass die Stadt die Netze erwirbt, sie an die Stadtwerke Stuttgart überträgt und diese mit der EnBW ein Kooperationsunternehmen gründeten oder das Netz an die EnBW verpachteten. Diese Konstellationen sind nicht unwahrscheinlich, da die Stadtwerke weder das Personal noch das Know-how haben, um das Netz zu betreiben. Sie bräuchten zumindest zu Beginn Hilfe. Denkbar wäre jedoch, dass die Stadtwerke EnBW-Personal übernehmen und dann ohne einen Partner auskämen. So wünscht es sich eine Bürgerinitiative in Stuttgart – ihr Bürgerbegehren für eine hundert Prozent kommunale Netzgesellschaft ist allerdings gescheitert.

Die verspätete Entscheidung des Gemeinderates dürfte dagegen zu großen Schwierigkeiten führen, wenn ein Bieter den Zuschlag erhält, der nicht mit der EnBW zusammenarbeitet. Denn bis der

neue Betreiber technisch und personell in der Lage wäre, das Netz zu betreiben, müsste die EnBW längere Zeit interimweise einspringen. Der Stadt entgingen in dieser Zeit die lukrativen Netznutzungsentgelte; sie müsste weiterhin mit der Konzessionsabgabe vorlieb nehmen. Vor allem aber ist angeblich vertraglich geregelt, dass die EnBW diese Abgabe in Höhe von jährlich 50 Millionen Euro nur ein Jahr lang bezahlen müsste – ab dem zweiten Jahr ginge die Stadt leer aus. Und Insider sehen eine Übergangszeit von zwei Jahren als durchaus realistisch an.

Der Stadt gingen also mindestens 50 Millionen Euro an Einnahmen verloren. Und wie eine – von den Grünen in Auftrag gegebene – Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie vor kurzem aufgezeigt hat, verschleppten die großen Energiekonzerne häufig die Übergabe der Netze mit dem Argument, die technische Entflechtung sei so aufwendig. Womöglich dauert es also auch länger als zwei Jahre.

In Stuttgart könnte es nun darauf hinauslaufen, dass die EnBW zumindest als Minderheitsgesellschafter weiter eine Rolle spielt. Dies gilt für Strom- und Gasnetz; bei der Fernwärme scheint es eine Mehrheit des Gemeinderates sowieso beim jetzigen Betreiber EnBW belassen zu wollen. Alle Stadträte geben sich aber in der Sache ungewohnt verschlossen. Da die EU ein „diskriminierungsfreies“ Verfahren vorschreibt, will niemand vorzeitig mit Äußerungen an die Öffentlichkeit gehen, die ein unterlegener Bieter später für eine Klage nutzen könnte.

Dennoch sind die grundlegenden Positionen der Fraktionen längst klar. Die CDU könnte sich eine Zukunft mit den EnBW sehr gut vorstellen; die meisten anderen Fraktionen sehen zumindest einen Partner für die ersten Jahre als notwendig an. Ob und wie schnell sich die Stadtwerke emanzipieren und beim Netzbetrieb selbstständig werden, darüber gibt es aber sehr unterschiedliche Vorstellungen. Dies könnte der eigentliche Grund dafür sein, dass sich der Ratsbeschluss verzögert. Wie man hört, wünscht sich OB Fritz Kuhn (Grüne) eine breite Mehrheit im Gemeinderat, doch die ist nicht in Sicht.

Offiziell nennt Sven Matis aber das komplexe Verfahren als Ursache: „Die Stadt legt größten Wert auf ein rechtssicheres Verfahren, das wichtiger ist als eine schnelle Vergabe.“ Die Bewerber erhalten demnächst den „zweiten Verfahrensbrief“, in dem die Stadt ihre Vorstellungen konkretisiert. Daraufhin müssen die Bewerber konkrete Angebote vorlegen – darüber wird im Herbst abgestimmt.

„Die Stadt legt größten Wert auf ein rechtssicheres Verfahren, das wichtiger ist als eine schnelle Vergabe.“

Sven Matis, Stadtsprecher



Das Stuttgarter Stromnetz soll mehr als 100 Millionen Euro Wert sein.

Foto: dpa

DIE FAKTEN RUND UM DAS STROM- UND DAS GASNETZ

Länge Die Stromleitungen auf Stuttgarter Stadtgebiet (außerhalb der Gebäude) summieren sich zusammen auf 4500 Kilometer – dieses Stromnetz mit 23 Umspannwerken, 2250 Netzstationen und 5500 Kabelsträngen betreibt derzeit die EnBW. Sie erhält von allen Stromversorgern mit Kunden in Stuttgart ein Durchleitungsentgelt.

Umgekehrt bezahlt sie der Stadt Stuttgart jährlich eine Konzessionsabgabe dafür, dass sie auf öffentlichen Straßen Leitungen verlegen darf.

Konzession Eine offizielle Zahl, wie hoch die Konzessionsabgabe an die Stadt ist, gibt es nicht. Es wird aber von 50 Millionen Euro jährlich gesprochen. Das ist eine hohe Summe dafür, dass die Stadt selbst kein Risiko trägt. Die Überlegung ist aber, dass die Rendite des eingesetzten Kapitals noch höher sein könnte, wenn die Stadt das Netz

selbst besitzt und die Stadtwerke es betreiben. Auch die Strompreise könnten, so die Hoffnung, dann sinken.

Kaufpreis Die Gutachter der Stadt beziffern den Kaufpreis für das Stromnetz auf 105 Millionen Euro, den Kaufpreis für das Gasnetz auf 80 Millionen Euro. Allerdings geht man davon aus, dass die technische Entflechtung der Stromnetze weitere 70 Millionen Euro kostet. *fal*

Studie: Netzkauf politisch nutzlos und voller Risiken

Untersuchung Experten raten Kommunen eher davon ab, das Stromnetz zurückzukaufen. Von Thomas Faltin

In Stuttgart haben sich sechs Energieunternehmen um den Betrieb der Stromnetze von 2014 an beworben – einer der heißesten Anwärter sind sicherlich die Stadtwerke Stuttgart. Doch in die entscheidende Phase des Verfahrens platzt eine Studie der Hamburger Unternehmensberatung Putz & Partner, die ein ernüchterndes Fazit zieht: Von den zehn wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Zielen, mit denen Kommunen den Kauf der Konzession begründen, sei nur ein einziges erreichbar. „Eine Rückführung der Stromverteilnetze ist grundsätzlich nicht sinnvoll“, lautet das Fazit.

Das Unternehmen hat bei der Studie mit der Hamburg School of Business Administration zusammengearbeitet und ist auf den ersten Blick nicht verächtlich, partiell zu sein: Unter den Kunden sind große Stromkonzerne, aber auch einige Stadtwerke. Und das sind die Argumente. Das Ziel, die Energiewende voranzutreiben, könne durch den Besitz des Stromnetzes nicht erreicht werden, heißt es. Denn jeder Netzbetreiber sei gesetzlich verpflichtet, Anlagen, die grünen Strom produzieren, vorrangig anzuschließen;

auch die Preise seien festgelegt. Die Sicherheit der Versorgung werde ebenfalls nicht erhöht, da die bisherigen Netzbetreiber – meist die großen Stromkonzerne – bereits eine sehr hohe Qualität vorweisen könnten. Es seien eher die kommunalen Betriebe, die nach unten vom bundesweiten Mittelwert abwichen.

Studie: kein Vorteil für Stromkunden Der Strompreis sinke ebenfalls nicht, wenn eine Kommune oder deren Stadtwerke das Netz betriebe. Denn die Kosten des Verteilnetzes machten beim Preis nur 20 Prozent aus; zudem habe die Bundesnetzagentur jeweils einen maximalen Erlös definiert. Fraglich sei zumindest, ob die lokale Wirtschaft bei einem kommunalen Betreiber profitiere, denn die Vergaberichtlinien seien sehr streng.

Nur bei der Infrastruktur kommt die Studie zu dem Schluss, dass eine Kommune Vorteile haben könnte. Beim wirtschaftlichen Ziel, mit den Netzen Geld zu verdienen, rät die Studie zumindest zur Vorsicht: Je nach Höhe des Eigenkapitals liege die Rendite zwischen 2,87 und 5,8 Prozent. Allerdings müsse das Verteilnetz

in den nächsten Jahren stark ausgebaut werden, was hohe Investitionen erfordere – die Rendite sinke deshalb eher.

Auch einige Energieexperten, die Putz & Partner interviewt hat, bestätigen den Trend der Studie. Esslingens OB Jürgen Zieger, der sich selbst als Pionier der Energiewende sieht, propagiert schon länger genau diese Ansicht: Er überlässt den Betrieb der Netze lieber dem Neckar-Elektrizitätsverband, an dem die Energie Baden-Württemberg (EnBW) mit 49 Prozent beteiligt ist – Esslingen kassiert für die Konzession eine hohe Summe.

Michael Fuchs vom Vorstand des Stuttgarter Bürgervereins „Kommunale Stadtwerke“ und Michael Föll, der Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Stuttgart, haben oft sehr unterschiedliche Ansichten, was die Energiewende angeht. In Bezug auf die Hamburger Studie sind sie sich allerdings einig: Auf Stuttgart träfen viele Kritikpunkte schlicht nicht zu.

So sei die wirtschaftliche Situation in Stuttgart anders. Das Verteilnetz in der Stadt sei klein, habe aber viele Endkunden – es sei deshalb eines der lukrativsten Netze in Deutschland. Zudem kann der Kauf aus den Rücklagen gestemmt werden, die bei der Veräußerung der NWS-Aktien an die EnBW gebildet wurden. Die Stadt braucht kein Fremdkapital: „Wir haben alle Möglichkeiten“, bestätigt Michael

Föll. Der Verband kommunaler Unternehmen hält bundesweit Margen bis zu neun Prozent für realistisch. Daneben hält es Föll sehr wohl für möglich, mit dem Netz die Energiewende zu befördern. Die Stadtwerke könnten selbst entscheiden, wo sie beim Ausbau Schwerpunkte legen und so energiepolitische Akzente setzen.

Föll: Strompreis sinkt in Stuttgart

Und: Föll ist der Meinung, dass der Strompreis für den Endkunden sinken könne. Die EnBW gehe von einer Mischkalkulation aus, teure ländliche und günstigere städtische Netze kommen bei den Kosten in einen Topf. Die Stadtwerke seien aber nur für Stuttgart zuständig und könnten so den Endpreis senken. Allerdings rechnen die Experten bundesweit eher mit steigenden Preisen, da der Netzausbau viel Geld kostet.

Übrigens räumt die Studie noch mit einer anderen Einschätzung auf: Die vielfach verkündete Renaissance der Stadtwerke in Deutschland finde so gar nicht statt. Seit 2007 habe es etwa 60 Neugründungen gegeben; 170 Städte hätten ihr Verteilnetz zurückgekauft. Bei mehr als 6000 ausgelassenen Konzessionen sei dies ein sehr geringer Anteil. Meistens behält tatsächlich der große Stromkonzern die Konzession. Das ist, wen wundert's, auch das Ziel der EnBW in Stuttgart.

Holger Gayer



Von Lichtern und Leuchten

Kolumne Während die Freien Wähler glauben, dass in Wien alles besser ist, parkt die FDP lieber in Stuttgart. Die Grünen bleiben derweil flexibel.

Flexibilität ist ja eine Tugend, die zu erhalten sich vor allem die Älteren unter den politischen Menschen gerne vornehmen. Konrad Adenauer ist da ein löbliches Vorbild gewesen. Doch an der berühmten Frage des Ü-80-Kanzlers von der CDU („Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern?“) orientieren bisweilen auch die grünen Enkel ihr Handeln. Nach der volatilen Haltung des Ü-60-Ministerpräsidenten Kretschmann in Steuerfragen zieht nun der Fraktionschef der Grünen im Stuttgarter Gemeinderat im Blick auf die Villa Berg nach. Jedenfalls begrüßte Peter Pätzold noch am Mittwoch die Pläne des Investors, 150 Wohnungen im Park der Villa Berg zu schaffen. Am Freitag tat dann seine Fraktion kund, dass sie aber eine Erweiterung des Parks wünsche. Merke: Wir ziehen alle an einem Strang, über die Richtung verständigen wir uns später.

Glücklicherweise ist den Liberalen solcher Wankelmut fremd. Der FDP-Kreisvorsitzende Armin Serwani steht jedenfalls wie eine Eins, wenn es darum geht, die Tradition der Autostadt Stuttgart zu verteidigen. Unter der Überschrift „Parkhäuser sind die neuen Feindbilder der Grünen“ beklagt der liberale Vormann die zunehmende Abnahme von Stellflächen und empfindet dies als „Umerziehungspolitik, die die Stadt für den Individualverkehr immer enger machen will“. Statt den Parkraum zu managen, sollten neue Parkhäuser und Tiefgaragen gebaut werden. Und überhaupt: „Die Ideologie darf in einer mobilen Stadt nicht die Realität überwinden.“

Derart fundamentale Erkenntnisse haben die Freien Wähler (FW) nicht zu bieten. Sie fragen sich eher, warum der brave Österreicher so ganz anders ist als der gemeine Schwabe. 500 Arbeiter bauten in Wien einen neuen Durchgangsbahnhof und „kein politisches Ränkespiel, keine Proteste“ weit und breit. Um dieses Rätsel zu ergründen, hat die siebenköpfige Gemeinderatsfraktion der FW „eine Informationsreise einer interessierten Delegation aus der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat“ in die österreichische Hauptstadt beantragt. Die Reiselektüre haben sie gleich beigelegt: eine Reportage aus dem S-21-Projektmagazin „Bezug“ mit dem weihnachtlichen Titel „Veni, Wiener, Vici“.

Und wenn die Freien Wähler zurück sind, könnte auch ihr sehnlichster Wunsch erfüllt sein. Es sei ja schon schlimm genug, „dass unser geliebter Fernsehturm aus nachvollziehbaren Gründen für hoffentlich nur begrenzte Zeit geschlossen wurde“, schreiben sie in ihrem Antrag Nummer 204/2013. Wirklich schlecht sei aber, „dass auch noch jegliche Beleuchtung des Turmkorbs ausgeschaltet wurde und somit dieses brandschutztechnische Desaster bis weit ins Land nachts erkennbar ist“. Weil das „kein gutes Signal für den Hightech-Standort Stuttgart“ sei, fordern die Freien Wähler: „Der Fernsehturm und sein Restaurantbereich sollen bis zur Klärung der brandschutztechnischen Probleme in angemessener Form beleuchtet bleiben.“ Und wenn Du glaubst, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her ...

Aufgelesen

Personensuche

Wer kennt Emil Hummel?

E-Mail aus Dänemark: es schreibt uns Henning Puggaard. Er suche Nachkommen von Emil Hummel, der „mindestens von 1940 bis 48“ in der Filderstraße gewohnt habe und ein Freund seines Vaters war. „Seine Frau war Margot genannt, die Töchter Renate und Helga.“ Hinweisteleit die StZ gerne direkt nach Kopenhagen weiter – Kontaktadresse siehe unten. *hwe*

Kontakt

Lokalredaktion

Telefon: 07 11/72 05-12 71/12 72
E-Mail: lokales@stz.zgs.de